Die Kommunisten für die Kleinbauern

Die SPD. unterstützt die Sabotage der Fürstenknechte — Der kommunistische Glasarbeiterantrag

Landtagssitzung vom 23. Februar 1926

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die erste Beratung eines Antrages Börner auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Verwendung von 15–20 Prozent der Aufwertungsgelder (Mietzinssteuer) für den Wohnungsbau.

In der Begründung kann man aus dem Wust heuchlerischer Feststellungen folgende Wünsche der Deutschnationalen entziffern:

1. Zuführung von Steuergeldern an die Bauunternehmer,
2. Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft

zur rücksichtslosen Ausbeutung der Mieter. Als Sprecher der kommunistischen Fraktion deckt Genosse Renner diese Tendenz auf. Er weist auf die ungeheure Belastung breiter Schichten durch die generelle Erhebung der Mietzinssteuer hin und kündigt die Vorlage der KPD.-Fraktion zur Staffelung der Mietzinssteuer, um diese gerechter zu gestalten, an Hand von Material an. Er betont, daß wir für höhere Aufwendungen für den Wohnungsbau sind, daß wir uns aber dagegen wehren, daß diese höheren Summen von den Werktätigen aufgebracht werden müssen. Da der Finanzminister erklärt hat, daß die 100-Prozent-Aufwertungsmittel erst vom Juli an in Betracht komme, erklärt Herr Renner vorsichtig, daß er seinen Antrag für erledigt halte.

Nach einigen überflüssigen Ausführungen der Abgg. Röllig und Seyfert wird der Antrag für erledigt erklärt.

Nunmehr folgt die Beratung eines Antrages Schreiber auf Hinausschiebung des Inkrafttretens des Rinderzuchtgesetzes.

Für die kommunistische Fraktion erklärt Gen. Renner, daß die Kommunisten nicht anstehen, zu erklären, **bei der ersten Stellungnahme für dieses Gesetz von falschen Voraussetzungen ausgegangen zu sein.** Die Umfragen bei kleinen Landwirten haben ergeben, daß dieses Gesetz **gerade die kleinen Landwirte ungeheuer belastet.** Wir müssen dabei betonen, daß der Landeskulturrat diesem Gesetz zugestimmt hat, **also kein Recht hat,** um den Landwirten zu erzählen, daß er den Kampf dagegenführe. **Wir lehnen jetzt dieses Gesetz ab, weil wir uns überzeugt haben, daß durch das Gesetz die Kleinbauern schwer geschädigt werden.**

Auf einen unverschämten Zuruf eines Deutschnationalen antwortet Genosse Renner **mit erhobener Stimme:** „Wir sind ehrlich genug, unseren Irrtum einzugestehen. Sie aber begehen diesen bewußten Betrug an den kleinen Bauern." — Er erhält deswegen einen Ordnungsruf.) Genosse Renner betont, daß wir **unsere ganze Kraft einsetzen werden,** um den kleinen Bauern zu beweisen, daß die Deutschnationalen nur manövrieren zugunsten des Großgrundbesitzes, daß **wir dagegen ehrlich bemüht sind,** die Interessen der **Kleinbauern zu vertreten.** Nur müssen wir die Gegensätze zwischen diesen und den großagrarischen Deutschnationalen lösen und ihnen klarmachen, daß wir ihren Kampf mit den Arbeitervertretern gemeinsam durchführen. Im Verein mit den Großbauern werden sie stets von diesen beherrscht und an die Wand gedrückt werden. Die Kleinbauern haben also daraus den Schluß zu ziehen, daß sie ihren deutschnationalen „Freunden" nimmer vertrauen dürfen. Wenn sie heute gegen das Gesetz stimmen, so geschieht das nur unter dem schärfsten Druck. Wir wissen, daß dieses Gesetz den Kleinbauern schadet. Die Deutschnationalen fordern hier mit radikalen Worten die Hinausschiebung des Gesetzes auf 1 Jahr, sie sprechen von Sabotage des Gesetzes. Wir haben gar nichts gegen diese Methode, sie ist durchaus revolutionär. Aber wenn wir diese Methoden den Arbeitern empfehlen, schreien sie Zeter und Mordio. Wir jedenfalls werden den Kampf unterstützen und wünschen nur, daß die Kleinbauern gemeinsam mit den Arbeitern vorgehen.

Wir wollen keine Ausflüchte und stellen deshalb den Antrag:

das Rinderzuchtgesetz aufzuheben und das vom Jahre 1913 wieder einzuführen.

Falls dieser Antrag abgelehnt werden sollte, stimmen wir dem Antrag Schreiber zu.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion, in der die Volkspartei warm für das Gesetz eintritt, zeigt noch Gen. Siewert das Doppelspiel der Deutschnationalen, deren Parteifreunde im Landeskulturrat für dieses Gesetz eintreten und die hier sich als Verkämpfer für die Rechte der Kleinbauern aufspielen. Wir werden uns, wenn wir nicht diese Fragen beherrschen, sehr gern mit den Kleinbauern auseinandersetzen. Wir Kommunisten wollen der Not der Kleinbauern steuern. Deshalb treten wir auch ein für die Enteignung der Fürsten und die Aufteilung der Riesengüter, dabei treten aber die Deutschnationalen ganz offen für die fürstlichen Großgrundbesitzer und gegen die landarmen Bauern auf. Es ist kein Zufall, daß sich die riesige Zahl der russischen Kleinbauern treu zur Sowjetmacht stellt. Es werden ja in kurzer Zeit deutsche Landwirte Gelegenheit haben, das an Ort und Stelle festzustellen. **Wir werden jede Gelegenheit benutzen,** um den Kleinbauern zu helfen **und werden deshalb ihnen** durch die Augen über ihre falschen Freunde vom Landbund und der Deutschnationalen Volkspartei öffnen. (Bravo! b. d. Kom.)

Nach einem Schlußwort des Abg. Schreiber wird Schlußberatung beschlossen. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Gesetzes wird abgelehnt, ein demokratischer Verbesserungsantrag wird gegen die Stimmen der Demokraten, Kommunisten und Deutschnationalen abgelehnt. Der Antrag auf Hinausschiebung des Gesetzes um 1 Jahr wird in namentlicher Abstimmung mit

33 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Weitere Abänderungsanträge der Demokraten werden mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt.

Nunmehr folgt die 2. Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über Landkrankenkassen. Der Ausschuß empfiehlt Annahme. Der Deutschnationale Troll versucht für die Großgrundbesitzer zu retten, was zu retten ist. Er leistet sich dabei den Witz zu behaupten, daß die Landkrankenkassen den Kleinbauern und Landarbeitern zugutekommen. Gen. Dr. Schmincke weist diesen Versuch ganz scharf zurück. Er beweist, daß es nur im Interesse der Landarbeiter ist, die Landkrankenkassen zu verbieten, wie stimmen dem Gesetz deshalb zu. Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Es folgt die Beratung eines kommunistischen Antrages auf Ergreifung von **Maßnahmen im Interesse der Gesundheit der Glasbläser und Glasarbeiter.**

Gen. Dr. Schmincke weist auf die ungeheuren Gefahren der Arbeitsmethoden in dieser Industrie hin. Die Temperatur beträgt 60–70° Celsius. Die Gewerkschaften forderten ja, daß in den Sommermonaten diese Arbeit überhaupt nicht geleistet werden darf. Die Wärme besteht aus Leitungs- und Strahlungswärme. Die Schutzmaßnahmen sind absolut ungenügend. Genügende Zufuhr von Frischluft muß zur Bedingung gemacht werden. Schwere Hautentzündungen sind die Folge. Die Arbeiter müssen viel trinken, leiden deshalb an Darm- und Magenkrankheiten. Es müßten gute Bänder eingerichtet werden. Der schwerstarbeitende Glasarbeiter muß nun nach dem Blasen das Glas rollen und schneiden. Wir fordern nun dagegen genügend Schutz dieser Arbeiter.

Das Blasen erfordert ungeheure Anstrengungen. Das Resultat sind **fürchterliche Schädigungen an den Zähnen,** besonders die jugendlichen Glasbläser werden schwer geschädigt, die Mundschleimhäute sind meist entzündet, Mittelohrentzündung und der berüchtigte Glasbläserstar machen sie frühzeitig arbeitsunfähig. Die Herzkrankheit ist unglaublich verbreitet. **25 Prozent** aller Glasarbeiter sind magenkrank. Durch die Hitze wird der Alkoholismus gezüchtet. Mit 40 Jahren ist der Glasbläser erledigt. Durch die wechselseitige Benutzung der Pfeife werden ungemein gefährliche Infektionskrankheiten übertragen. **80 Prozent aller Glasarbeiter sind tuberkulös.** Ungeheuerlich ist die Verbreitung der Syphilis durch diese Arbeitsmethoden. Die Patentpfeife von Lorenz, die große Vorteile bietet und eine bessere Luftzufuhr ermöglicht, kann enteignet und so allen zugänglich gemacht werden. Die deutschen Unternehmer aber, die auch gegen den technischen Fortschritt sind, kümmern sich nicht um das Wohl der Arbeiter. Sie zahlen lieber ihren Generaldirektoren für die Arbeiterschindereien Riesengehälter. Warum hat aber die Regierung nichts getan, um den bestehenden gesundheitsschädlichen Zuständen ein Ende zu bereiten? Wir stützen uns bei unseren Anträgen auf die gesamte Arbeiterschaft der Glasindustrie, auf die Glasarbeitergewerkschaft und auf die Urteile der Aerzte. Wir fordern vom Landtag die Annahme dieses Antrages und beantragen Verweisung an den Rechtsausschuß. (Bravo! links.)

Der Sozialdemokrat Langhorst erklärt für die sozialdemokratische Fraktion, daß sie grundsätzlich dem kommunistischen Antrag zustimmen werde, daß zwar einzelne Punkte „undurchführbar" seien, daß das allerdings im Haushaltausschuß B besser geklärt werden könne. Der Demokrat Dr. Kastner „begrüßt" sogar diese durch die Kommunisten herbeigeführte Aussprache, versucht aber dann gegen den Antrag Stimmung zu machen und erklärt, nach „menschlichen" Grundsätzen im Ausschuß an diesem Antrag mitzuarbeiten.

Der Deutschnationale Dr. Eckardt erklärt, daß sie den Anregungen des kommunistischen Antrages „wohlwollend" gegenüberstehen. Dann weicht er aber schon vor den etwaigen Geldausgaben für Verbesserungen zurück. Auch er stimmt der Ueberweisung zu.

Im Schlußwort hebt Gen. Dr. Schmincke hervor, daß die gesetzlichen Bestimmungen bei zielbewußter Ausnützung sehr gut einzuführen sind. Er betont, daß die heutige Aussprache ergeben hat, daß die Notwendigkeit der sofortigen und außerordentlichen Hilfe für die Glasarbeiter geleugnet wird.

Aber es ist ja selbstverständlich, daß man mit Worten „menschlich" zu erscheinen versucht. Aber darauf kommt es nicht an. Man muß entschlossen sein, diese Verbesserungen durchzuführen. Um so unerhörter ist es,

daß der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion hier erklärt, „wesentliche Punkte des Antrages sind undurchführbar"!

Es sind Forderungen der Gewerkschaften, und da hat er kein Recht, ohne jede Begründung so leichtfertig zu urteilen. Im übrigen müssen wir so schnell wie möglich die Wünsche der berufenen Vertreter der Glasarbeiterschaft, der Gewerkschaft, erfüllen.

Der Antrag wird dann dem Haushaltausschuß B überwiesen. Ein demokratischer Antrag auf Einführung des amtlichen Stimmzettels und ein sozialdemokratischer Antrag auf Geschlechtstrennung bei den Wahlen werden dem Rechtsausschuß überwiesen.

Nunmehr folgt die erste Beratung des kommunistischen Antrages betr. die **Eintragungslisten und -Zeiten für das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser.** In der Begründung weist Gen. Siewert auf die Sabotageversuche der Regierung hin, die die Bevölkerung an der Beteiligung an diesem ersten Volksentscheid hindern will, um den Fürsten beizustehen. Dagegen muß das Volk gesichert und durch eine günstige Auslegung der Listen die Sabotageversuche unmöglich gemacht werden. In Mecklenburg hat die Regierung in geradezu unglaublicher Weise einen Volksentscheid bereits sabotiert und wir glauben, daß in Sachsen dieselben Manöver versucht werden. Dagegen fordern wir, daß in allen Lokalen, die die Listen der Dezemberwahl ausgelegt hatten, auch die Referendumlisten ausgelegt werden. Die Zeit muß so gelegt werden, daß auch die Arbeiter bequem die Möglichkeit der Einzeichnung haben. Wir wissen, daß die Durchführung des Volksentscheids von der Propaganda abhängig ist und erwarten, daß die Sozialdemokraten diesem Antrag zustimmen. Wegen der kurzen Frist bitten wir, den Antrag in sofortige Schlußberatung zu nehmen.

Die SPD. lehnt ab!

Nunmehr erhebt sich der Abg. Fellisch (Fraktion Drehscheibe) und erklärt, daß die SPD. für Schlußberatung stimmen wird, **den kommunistischen Antrag aber ablehne.**

Er versetzt diesen niederträchtigen Dolchstoß gegen die erfolgreiche Durchführung des Volksentscheides mit juristischen Deutelei. (Die Bürgerlichen sehen hohnlächelnd dem sächsischen Landsberg zu.) Zum Schluß bezeichnet Fellisch diesen Antrag als **völlig überflüssig.** Die Bürgerlichen sind so mit diesem Henkersdienst zufrieden, daß sie gar nicht zum Antrag reden. Fellisch hat ihn erfolgreich abgewürgt. Im Schlußwort weist Gen. Siewert auf das schädliche Verhalten hin, das einfach eine Unterstützung der Gegenkampagne des Bürgertums bedeutet. Er weist die „juristischen" Argumente zurück und erklärt, daß es unerhört sei, wenn Fellisch behauptet, daß die Initiative zum Volksentscheid von der SPD. ausgegangen sei; vielmehr hat erst unter dem Druck der SPD.-Arbeiter die Leitung dem kommunistischen Vorschlag zustimmen müssen.

Wir erwarten jedoch von den sozialdemokratischen Arbeitern im Lande, daß sie geschlossen mit den Kommunisten in allen Gemeinden die Sabotageversuche der Fürstenknechte und ihrer Helfershelfer brechen werden. (Bravo! b. d. Kom.)

Der kommunistische Antrag wird von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 25. Februar 1926, nachmittags 1 Uhr.

„Die Sozialdemokratischen Parteien"

M. **Die Rolle der in der SPD. organisierten Proleten.**

Den klassenbewußten und zugleich den aktivsten Teil der 20 Millionen deutscher Proleten bilden heute die fast 5 Millionen Freigewerkschaftler. Unter ihnen wiederum befinden sich 3 Gruppen aktiverer Elemente, hinter denen das Gros der nur zahlenden Mitglieder steht:

1. Die Kommunisten, die im Begriff sind, mit der Taktik der Gewerkschaftseinheit Boden zu gewinnen, die aber zunächst noch einen schwachen Einfluß haben;

2. die Sozialdemokraten, die 95 Prozent der Gewerkschaftsangestellten, mehr als die Hälfte der Gewerkschaftsfunktionäre und durchschnittlich ein Drittel bis zwei Drittel der Teilnehmer an Gewerkschaftsversammlungen stellen;

3. eine in jedem Verband verschieden große Gruppe von ehemaligen KPD- oder SPD.-Mitgliedern (Versammlungsteilnehmer, aber auch Funktionäre), die bei irgendeiner Gelegenheit ihre Partei verließen, vielleicht schon bei beiden waren und sich nicht entschließen können, einer von beiden Parteien heute wieder beizutreten; sie sehen zumeist in der SPD. die für die Gegenwart nötige Macht zur Vertretung ihrer Tagesinteressen, in der KPD. aber die notwendige Partei der Revolution (die „Barrikadenpartei").

Die letzte Gruppe ist jederzeit geneigt, in bestimmten konkreten Fragen (Tageskämpfen) mit den Kommunisten zusammenzugehen, weil sie zumeist mit ihnen sympathisieren. Die geschickte Taktik und die Routine der Sozialdemokraten brachte sie bisher aber in den meisten Fällen wieder ins Schlepptau der Reformisten.

Diese gewerkschaftliche Routine und Erfahrenheit zeigt sich aber nicht nur bei den Partei- usw. Angestellten, sondern auch bei den sozialdemokratischen Arbeitern, die unter dem ständigen Einfluß ihrer Führer stehen. Diese Führer können ihren Einfluß auf die breiten Arbeitermassen nur halten durch die 800 000 sozialdemokratischen Arbeiter im Betrieb. Sie sind also ein Hauptfaktor der reformistischen Politik. Und mehr: sie sind der antikommunistische, und sie waren meistens der antibolschewistische, rußlandfeindliche Teil der ganzen Arbeiterschaft. Sie sahen zeitweise in den Kommunisten ihre Hauptfeinde, die „ihre" Organisationen (Partei und Gewerkschaft) zertrümmern wollten. Auch heute noch sind viele von ihnen fanatische, eingefleischte Kommunistenfresser.

Die Rolle der sozialdemokratischen Arbeiter ist aber eine doppelte. Sie sind — wie gesagt — zum großen Teil Gewerkschaftsfunktionäre, stehen im Betrieb, leiten die meisten Lohnbewegungen und sind — als Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute — bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse im Betrieb immer dabei. Sie sind der Teil der SPD.-Mitglieder, der in der kapitalistischen Ausbeutung steht —, der von ihnen noch am ehesten wirtschaftliche Not und Unternehmer-Terror spürt —, und der trotz allem gegenseitigen Haß und Mißverständnissen doch den kommunistischen Arbeitern am nächsten steht (sie sind Arbeitskollegen und müssen bei Streiks usw. gemeinsam kämpfen). Diese Seite ihrer Rolle macht sie ständig geneigt zu einer radikalen Arbeiterpolitik.

Die arbeiterfeindliche, die Interessen der Arbeitermassen schädigende oder mißachtende Politik der SPD. hat bei Teilen dieser SPD.-Arbeiter eine Unzufriedenheit geschaffen, die — noch nicht mehr als eine Gärung — ihren organisatorischen Ausdruck in der sogenannten „linken Opposition" fand.

•

O. **Die politischen Mittel der SPD. zur Festhaltung der Arbeitermassen.**

Die Hauptgründe für den reformistischen Einfluß auf große Arbeitermassen sind — außer der bereits erwähnten organisatorischen — politischer Natur.

Zunächst die Tatsache, daß die Frage der Stellung zum Staat in der alten Sozialdemokratie vor dem Krieg absolut ungeklärt war. Den Massen schwebte als fernes Ziel ein ganz verschwommener „Sozialismus" und der „Zukunftsstaat" vor, unter dem sich niemand etwas Konkretes vorstellen konnte. Auch heute noch leben breite Arbeitermassen in der SPD. die Partei eines „zukünftigen Sozialismus", zu dessen Verwirklichung keine Opfer von den kampfesmüden Massen gefordert werden. Soweit aber die SPD. Opfer von den Massen verlangt, erscheinen sie ihnen nützlich, weil sie in der SPD. zugleich die Partei der Tageskämpfe sehen, die ähnliche Methoden wie die Gewerkschaften anwendet und deshalb doch ähnliche Erfolge im Kampf um die Verteidigung bzw. Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter erringen müßte, wie die Gewerkschaften wenigstens vor dem Krieg errangen. Diesen Glauben besitzen die Massen noch heute aus folgenden Gründen:

a) Die SPD. nimmt zu fast jeder, vor allem jeder wirtschaftlichen Tagesfrage, die die Arbeiter interessiert, Stellung, erhebt dazu Forderungen und kämpft sogar gelegentlich darum, soweit das im Rahmen des bürgerlichen Staates und möglichst nur mit parlamentarischen Mitteln zu machen ist. In revolutionären Situationen, bei starker Kampfstimmung der Arbeitermassen stellen die Reformisten radikale Forderungen auf und machen alle möglichen Versprechungen, nicht zur Steigerung und Auswertung dieser Stimmung, sondern zur Hinhaltung, Ablenkung und Beruhigung der Arbeiter.

b) Die Arbeitermassen haben immer noch nicht die Illusionen verloren, die sie nach der Vereinigung von USP. und SPD. in Nürnberg 1922 gewannen, daß nur die große vereinigte Partei eine Macht sei, die allein schon durch die imponierende Stärke ihrer Reichs- und Landtagsfraktionen viele Arbeiterforderungen durchsetzen könnte, was die Massen selbständig 1919/1920 nicht erreichen konnten. Die Enttäuschung und Mildigkeit war seit 1922 (mit kurzer Unterbrechung im Jahre 1923) so groß, daß breite Arbeitermassen einen wirklichen Kampf gegen das Kapital erst mit der „geeinten Partei" möglich sahen (die Partei war alles, man fragte nicht, welche Partei); anderseits die Hoffnungen auf die Erfolge der geeinten SPD. zu setzen, lag bei kampfesmüden Massen sehr nahe, denn sie wußten, daß die SPD. auch als vereinigte Partei von ihnen keine revolutionären Kämpfe fordern würde. Kämpfe, in denen diese Massen soeben eine Reihe schwerer Niederlagen erlitten hatten. Hinzu kommt, daß die Reformisten erklärten, daß sie den ruhigen, langsamen, aber sicheren Weg zum Siege gingen, im Gegensatz zu dem „blutigen und aussichtslosen" der KPD.

c) Das Argument von der „außenpolitischen Zwangslage" war der Hauptgrund für die nationale Einheitsfront bei Kriegsausbruch (zuerst „Verteidigung der deutschen Kultur gegen den barbarischen Zarismus", zum Schluß Verhütung der Gefahr, deutschen Boden zum Kriegsschauplatz werden zu lassen). — Das gleiche Argument wirkte dann wieder, als die Reparationszahlungen, der Ruhrkrieg und späterhin die Daweslasten kamen. „Erst Ordnung nach außen, dann Ordnung auch drinnen im Lande", das war eines der Hauptargumente, mit denen die Reformisten die Massen immer und immer wieder vor jedem ernsten Schritt gegen die Reaktionäre, Faschisten und Unternehmer zurückhielten.

d) Vielleicht das stärkste Mittel jedoch war, daß sich die SPD. in den Anschein der wahren und einzigen Beschützerin der Republik bringen konnte und damit als die Führerin im Kampfe gegen jeden Rückfall in die Vorkriegszustände Preußen-Deutschlands erschien. Diese antimonarchistische Note war zugleich antireaktionär, und das verschaffte der SPD. bei großen Arbeitermassen Sympathien, obwohl ihre ganze Politik den Monarchisten genau so den Boden ebnete wie der Unternehmerwillkür.